

## 5 Der Dritte Indisch-Pakistanische Krieg

Nachdem die indische Armee in der dritten Novemberwoche 1971 zwölf Divisionen um Ostpakistan in Stellung gebracht und zum ersten Mal auch schwere Artillerie eingesetzt hatte, um pakistanisches Militär anzugreifen,<sup>1</sup> erfolgten die ersten indischen Infanterieangriffe auf ostpakistanischem Boden und in der Nacht vom 21. auf den 22. November 1971 kam es schließlich zur ersten Luftschlacht zwischen Indien und Pakistan.<sup>2</sup> Die indische Regierung war dennoch weiterhin bemüht, wenigstens ihre Bodentruppen nicht allzu offensichtlich in Ostpakistan einzusetzen, um so den Anschein einer Nichteinmischung zu wahren.

Währenddessen nahm der öffentliche Druck auf die indische Premierministerin, endlich auch offiziell und mit allen militärischen Mitteln in Ostpakistan einzugreifen, immer weiter zu. Um international glaubwürdig zu bleiben, brauchten Indira Gandhi und ihre Berater aber einen pakistanischen Erstschiß. Am 3. Dezember 1971 gab man ihnen endlich den erhofften Vorwand zum offenen Krieg gegen Pakistan: Wie von pakistanischen Militärs bereits nach den nächtlichen Zusammenstößen vom 21./22. November 1971 gefordert,<sup>3</sup> bombardierte die pakistanische Armee in der Nacht zum 4. Dezember 1971 indische Flughäfen an der westlichen Landesgrenze<sup>4</sup> und sieben pakistanische Artillerieregimenter griffen indische Stellungen im Kaschmir an. Indische Truppen und Panzer übertraten daraufhin die Grenze nach Ostpakistan.<sup>5</sup> Der Dritte Indisch-Pakistanische Krieg hatte begonnen.

### 5.1 Kurzer Krieg mit weltweiter Wirkung

Die pakistanische Zentralregierung war ihrem indischen Gegner zuvorgekommen: Auch ohne den pakistanischen Vorstoß hätte Indira Gandhi dem öffentlichen Druck am 4. Dezember nachgegeben und Pakistan angegriffen.<sup>6</sup> Entspre-

---

1 Guha: *India after Gandhi*, S. 457.

2 Die Berichte darüber, wer wann wen hierzu provozierte, gehen allerdings weit auseinander. S. Bass: *The Blood Telegram*, S. 261.

3 Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 232–4.

4 Es handelte sich dabei um Flugplätze in Amritsar, Pathankot, Srinagar und Agra. S. Heß: *Bangladesch. Tragödie einer Staatsgründung*, S. 117. Vorbild für den Angriff war der israelische Präventivschlag gegen Ägypten im Sechstagekrieg 1967. S. Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 205.

5 Guha: *India after Gandhi*, S. 458.

6 Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 232; Bass: *The Blood Telegram*, S. 268.

chend erleichtert fiel die erste Reaktion der indischen Premierministerin aus, als sie von den pakistanischen Bombardements erfuhr: „Thank God, they’ve attacked us“, sagte sie bei einem privaten Treffen. Vor dem indischen Unterhaus stellte sie Indiens Rolle und Motivation später freilich sehr viel friedfertiger dar: „A war has been forced upon us, a war we did not seek and did our utmost to prevent.“<sup>7</sup>

Der Zeitpunkt des Kriegsbeginns Anfang Dezember 1971 entsprach einer bereits im April 1971 entwickelten Strategie des indischen Militärs.<sup>8</sup> In den Sommermonaten hätte der Monsun eine indische Truppenbewegung im bengalischen Schlamm nahezu unmöglich gemacht; außerdem fürchtete man, vor Winter einbruch könnte die chinesische Armee wie schon im Herbst 1962 den Himalaya überqueren und praktisch ungehindert die Gangesebene erreichen. Anfang Dezember dagegen würden Schnee und Eis alle chinesischen Versuche unmöglich machen, den Himalaya zu passieren, um ihren pakistanischen Freunden zu Hilfe zu eilen. Die indische Strategie ging auf. Begünstigt durch das trockene Winterwetter und die Unterstützung der lokalen Bevölkerung gewannen die zahlenmäßig überlegenen indischen Truppen in Ostbengalen schnell an Boden.<sup>9</sup>

Von Beginn an war offensichtlich, dass es sich um einen ungleichen Krieg handeln würde. Allzu lange hatte sich das pakistanische Militär zudem auf den Standpunkt gestellt, dass der Ostflügel Pakistans im Westen verteidigt würde, sodass Ostpakistan nur unzureichend gegen den indischen Einmarsch gesichert war.<sup>10</sup> Die VR China und die USA hatten zuvor zwar noch vergeblich versucht, beschwichtigend auf Yahya Khan einzuwirken und ihn davon abzuhalten, den in Ostbengalen immer offener ausgetragenen Konflikt mit Indien durch Schaffung einer Westfront zusätzlich auszuweiten.<sup>11</sup> Die pakistanische Zentralregierung hoffte jedoch, zum Ausgleich für die auch für sie bald absehbare Niederlage in Ostpakistan zumindest den indischen Teil Kaschmirs erobern zu können.<sup>12</sup> Also erfolgte der Angriff zunächst vom Westflügel des Landes aus, wobei die pakistanische Armee ihre Kräfte auch dort massiv überschätzte.

---

7 Zit. n. Bass: *The Blood Telegram*, S. 269.

8 Bass: *The Blood Telegram*, S. 261–2; Matinuddin: *Tragedy of Errors*, S. 351.

9 Guha: *India after Gandhi*, S. 458–9; Bass: *The Blood Telegram*, S. 268.

10 Die Strategie lautete: „the defence of the East lies in the West.“ S. Pai: *The 1971 East Pakistan Genocide. A Realist Perspective*, S. 1–2; Bass: *The Blood Telegram*, S. 274; Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 68. Vor diesem Hintergrund stellte die pakistanische Führung den Angriff im Westen im Nachhinein mitunter als Akt der Solidarität mit dem Ostflügel des Landes dar. S. Matinuddin: *Tragedy of Errors*, S. 431.

11 Matinuddin: *Tragedy of Errors*, S. 431.

12 Heß: *Bangladesch. Tragödie einer Staatsgründung*, S. 122. US-Präsident Nixon teilte diese Hoffnung, s. Bass: *The Blood Telegram*, S. 280

Am 6. Dezember erkannte die indische Regierung die provisorische Regierung von Bangladesch offiziell an, um dadurch auch international zu zeigen, dass sie Ostbengalen nicht erobern, sondern lediglich vom westpakistanischen Joch befreien wollte.<sup>13</sup> Einen Tag später fiel die Metropole Jessore im westlichen Teil Ostpakistans. Bald musste sich die pakistanische Armeeführung eingestehen, dass sie den Kampf um Ostbengalen nicht würde gewinnen können. In Indien wusste man um die Hoffnungslosigkeit des Gegners. Dennoch beschleunigte die indische Armee den Vormarsch in Ostpakistan noch weiter, um möglichst rasch Fakten zu schaffen. Der Regierung Indira Gandhi war klar, dass Indiens weltweites Ansehen unter dem militärischen Einmarsch in Ostpakistan massiv litt und die UdSSR den UN-Sicherheitsrat nur für eine gewisse Zeit mit ihrem Veto würde blockieren können, um so ein internationales Eingreifen in diesen Konflikt zu verhindern.<sup>14</sup> Denn mittlerweile war der Bangladeschkrieg endgültig zu einem Konflikt des globalen Kalten Krieges geworden.

### Kräftemessen der Großmächte

Wie bereits vor Ausbruch der offenen Kriegshandlungen am 3. Dezember 1971 war die indische Regierung auch während des Dritten Indisch-Pakistanischen Krieges gegenüber der Weltöffentlichkeit auf die Wahrung ihres „sauberen“ internationalen Images bedacht. Ausdrücklich wollte man sicherstellen und zeigen, „that Indian Armed Forces will not resort to the barbarism of Pakistan Armed Forces, that everybody who peacefully surrenders will be treated with respect and his life safeguarded“, wie Indira Gandhis Staatssekretär P. N. Haksar indischen Militärs einschärfte.<sup>15</sup> Die indische Strategie ging auf: Als Yahya Khan vor Kriegsausbruch versuchte, die internationale Gemeinschaft und vor allem den UN-Sicherheitsrat auf die indischen Aggressionen gegen sein Land aufmerksam zu machen, wurde ihm anders als Indira Gandhi kaum Gehör geschenkt. International derart isoliert, sah Yahya Khan sich nunmehr zum offenen Krieg mit Indien gezwungen.<sup>16</sup>

---

**13** Heß: *Bangladesch. Tragödie einer Staatsgründung*, S. 117; Prasad: *Indo-Soviet Relations 1947–1972*, S. 385; Bass: *The Blood Telegram*, S. 282–3; Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 255.

**14** Bass: *The Blood Telegram*, S. 273; Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 238–9; 252–3.

**15** Zit. n. Bass: *The Blood Telegram*, S. 278. Nixon bewertete dies freilich auf seine Weise: „the Indians are susceptible to this world public opinion crap.“ Zit. n. Bass: *The Blood Telegram*, S. 283.

**16** Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 232–3.

Während die indische Führung ein Eingreifen der Großmächte in Ostbengalen fürchtete, war es genau dies, worauf die pakistanische Zentralregierung im Dritten Indisch-Pakistanischen Krieg hoffte. Obwohl Bhutto noch Anfang November 1971 in Peking deutlich gemacht worden war, dass Pakistan im Falle eines offenen Kriegsausbruchs nicht mit militärischer Unterstützung von dort rechnen durfte,<sup>17</sup> war der amtierende pakistanische Außenminister Sultan Khan bei Kriegsbeginn ausgesprochen optimistisch, dass die chinesischen Truppen bald in den Krieg gegen Indien eingreifen würden.<sup>18</sup> Auch der pakistanische Generalstab teilte dem Kommandeur der pakistanischen Truppen in Ostpakistan, Generalleutnant A. A. K. Niazi, am 5. Dezember 1971 mit, man habe „every hope of Chinese activities very soon.“<sup>19</sup> Diese pakistanische Hoffnung sollte sich allerdings ebenso wenig erfüllen wie die auf eine klar anti-indische Positionierung des UN-Sicherheitsrates in diesem Konflikt.

Aus Sicht des US-Präsidenten Richard Nixon und seines Nationalen Sicherheitsberaters Henry Kissinger hatte Indira Gandhi den Dritten Indisch-Pakistanischen Krieg mit der militärischen Eskalation vom 21./22. November 1971 bereits begonnen. Nixon war nun keinesfalls mehr dazu bereit, der Bitte der indischen Premierministerin nachzukommen und Yahya Khan zu direkten Verhandlungen mit dem inhaftierten Mujibur Rahman aufzufordern, was den Kriegsausbruch Anfang Dezember 1971 möglicherweise noch hätte verhindern können. Im Gegenteil: Ende November 1971 machte die US-Administration die Pekinger Führung darauf aufmerksam, dass Indiens Nordgrenze am Himalaya ungeschützt dalag, die indische Armee einem chinesischen Angriff also wenig entgegenzusetzen hätte.<sup>20</sup>

Um den Handlungsspielraum der Regierung Indira Gandhi noch weiter einzuschränken, for die US-Regierung unmittelbar vor Kriegsausbruch 70 Prozent ihrer Rüstungsexporte nach Indien ein. Unter Protest der indischen Regierung sowie der eigenen Bevölkerung weitete Nixon diese Handelsblockade daraufhin außerdem auf Lebensmittellieferungen aus. Mit Kriegsbeginn wurde die Rüstungs- und Wirtschaftshilfe an Indien vollends eingestellt.<sup>21</sup> Gegenüber dem international geächteten Pakistan galt dies dagegen nicht. Obwohl die US-Regierung

17 Ebd., S. 184–5; Kux: *The United States and Pakistan*, S. 203.

18 Berger an AA, 4. Dezember 1971, PA AA, B 37, Bd. 631.

19 Zit. n. Niazi: *The Betrayal of East Pakistan*, S. 132; Amit Das Gupta: Indiens sicherheitspolitische Wende zwischen 1962 und 1974. In: Sebastian Buciak / Rüdiger v. Dehn (Hrsg.): *Indien und Pakistan – Atomkräfte im Spannungsfeld regionaler und globaler Veränderungen*, S. 93–118, hier S. 117; Matinuddin: *Tragedy of Errors*, S. 323–4.

20 Kux: *The United States and Pakistan*, S. 199; Bass: *The Blood Telegram*, S. 263–4; 273.

21 Ebd., S. 265; 270; Kux: *The United States and Pakistan*, S. 200.

auch gegen Indiens Gegner offiziell ein Waffenembargo verhängt hatte, fanden Nixon und Kissinger im Iran und in Jordanien willige Helfer zur Umgehung dieser Ausfuhrsperrre. Die Rüstungslieferungen an die pakistanische Zentralregierung beliefen sich zwar auf weniger als 5 Millionen US-Dollar, der darauf folgende politische Schaden für die Nixon-Administration in Form von massiver Kritik in der US-amerikanischen und indischen Presse war allerdings enorm.<sup>22</sup>

Nixon und Kissinger ließen sich durch diese Vorwürfe jedoch nicht von ihrer einseitigen Parteinahme im Bangladeschkrieg abbringen. Sie fürchteten weiterhin um ihre Glaubwürdigkeit in Peking, sollte der Krieg in Südasien tatsächlich das Ende des gemeinsamen Verbündeten am Indus bedeuten.<sup>23</sup> Mit Schrecken erfuhren sie am 6. Dezember 1971, dass das indische Militär bald auch den pakistanischen Westflügel massiv angreifen würde. Am 10. Dezember äußerte sich Henry Kissinger dem chinesischen Botschafter in Washington gegenüber besorgt darüber, „that the Pakistan army in two weeks will disintegrate in the West as it has disintegrated in the East.“<sup>24</sup> Er betonte, den Westflügel Pakistans um jeden Preis schützen zu wollen und bat deshalb erneut um ein militärisches Eingreifen der chinesischen Armee gegen Indien.<sup>25</sup>

Pakistanische Politiker teilten Kissingers Bedenken. Bereits am 9. Dezember 1971 bat der Gouverneur von Ostpakistan die Zentralregierung, den aussichtslosen Krieg gegen Indien durch einen Waffenstillstand und ein politisches Abkommen zu beenden. Er warnte: „once Indian troops are free from East Wing in a few days even West Wing will be in jeopardy.“<sup>26</sup> Inwiefern diese Befürchtung begründet war, ist angesichts der umfangreichen Grenzsicherung und weitaus besseren Militarisierung des pakistanischen Westflügels zweifelhaft. Anders als in Ostpakistan gelang den indischen Truppen dort jedenfalls kein rascher Vormarsch. Der indische Botschafter in Washington beteuerte zudem, seine Regie-

---

22 Raghavan: 1971. *A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 245–6; Macmillan: *Nixon and Mao*, S. 222; Sisson / Rose: *War and Secession*, S. 257.

23 Raghavan: 1971. *A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 247; Bass: *The Blood Telegram*, S. 271; Wagner: *Die „verhinderte“ Großmacht?* S. 332. „Hell, we’ve done worse“, war Nixons lakonischer Kommentar, zit. n. Sargent: *A Superpower Transformed*, S. 90.

24 Zit. n. Guha: *India after Gandhi*, S. 460. Vgl. auch Raghavan: 1971. *A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 244; Kux: *The United States and Pakistan*, S. 200–1. Ein Szenario, das man in Washington schon im Sommer 1971 befürchtet hatte, s. Raghavan: 1971. *A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 244; McMahon: *On the Periphery of a Global Conflict: India and the Cold War, 1947–1991*, S. 294–5.

25 Raghavan: 1971. *A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 248; Kux: *The United States and Pakistan*, S. 202.

26 Zit. n. Niazi: *The Betrayal of East Pakistan*, S. 180.

nung hege keinerlei Absichten, auch Westpakistan zu zerschlagen – für den pakistanisch kontrollierten Teil Kaschmirs wollte er ohne Rücksprache mit Indira Gandhi allerdings nicht garantieren. Kissinger rief daraufhin Yahya Khan dazu auf, in Ostpakistan nur noch ein wenig länger durchzuhalten, damit er die sowjetische Führung zur Zustimmung zu einem Waffenstillstand und Verhandlungen zwingen könne.<sup>27</sup>

Die US-Regierung traf nun ihre vielleicht umstrittenste Entscheidung im Konflikt um Ostpakistan: Am 10. Dezember 1971 entsandte Nixon den US-Marineverband Task Force 74 einschließlich des größten US-amerikanischen Flugzeugträgers, der USS Enterprise, in den Golf von Bengalen.<sup>28</sup> Obgleich diese Maßnahme offiziell der Evakuierung verbliebener US-amerikanischer Staatsbürger aus Ostpakistan galt, war der eigentliche Zweck doch klar sicherheitspolitischer Natur. Die indische Regierung und ihre Verbündeten in Moskau sollten nachdrücklich vor einem Angriff auf Westpakistan gewarnt werden.<sup>29</sup>

Tatsächlich hatte Nixon die sowjetische Führung zuvor wissen lassen, dass ein massiver indischer Angriff auf den pakistanischen Westflügel unweigerlich ein militärisches Einschreiten der USA nach sich ziehen würde. Und mehr noch, „if the Indians continue their military operations [against West Pakistan], we must inevitably look toward a confrontation between the Soviet Union and the United States.“<sup>30</sup>

Dieses Zitat verdeutlicht die weltpolitische Bedeutung, die Nixon dem eigentlich regional begrenzten Konflikt um Ostpakistan beimaß. Durch die sowjetische Unterstützung Indiens sah er Anfang Dezember 1971 die gesamte internationale Entspannungspolitik der vergangenen Monate und Jahre infrage gestellt.<sup>31</sup> Zuletzt wollte der US-Präsident der sowjetischen Führung auch deshalb nicht das Gefühl geben, sie hätte auf dem indischen Subkontinent freie Hand, da sie sonst womög-

---

27 Bass: *The Blood Telegram*, S. 274; Kux: *The United States and Pakistan*, S. 201–2.

28 Raghavan: 1971. *A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 251. Es handelte sich dabei um einen Verband von etwa acht Schiffen der siebten US-Flotte, die sonst im Pazifik stationiert war, s. Sisson / Rose: *War and Secession*, S. 262–3.

29 Sisson / Rose: *War and Secession*, S. 263; Matinuddin: *Tragedy of Errors*, S. 313. Das Manöver war bereits im Oktober 1971 durch den amerikanischen Admiral Weissner angekündigt worden, s. Linde: *Bangla Desh. Indien und die Großmächte im Pakistanischen Konflikt*, S. 115; vgl. auch Heß: *Bangladesch. Tragödie einer Staatsgründung*, S. 175–6; Kux: *The United States and Pakistan*, S. 197.

30 Zit. n. Kux: *The United States and Pakistan*, S. 201; Raghavan: 1971. *A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 250–1; Linde: *Bangla Desh. Indien und die Großmächte im Pakistanischen Konflikt*, S. 115.

31 Raghavan: 1971. *A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 243–4.

lich auch im Nahen Osten militärisch eingreifen könnte, wie er Bundeskanzler Willy Brandt später erläuterte.<sup>32</sup> Überhaupt war es Nixons Absicht, in Südasien ein Exempel für den Umgang mit einer möglichen sowjetischen Einflussnahme im Nahen Osten zu statuieren. Im selben Gespräch mit Willy Brandt betonte er,

dass die Russen den Grundsatz akzeptieren müssten, dass die USA den Sowjets nicht erlauben, einem Land zu helfen, ein anderes Land zu überrennen. [...] In gleicher Weise müsse den Sowjets klar sein, dass die Amerikaner es im Nahen Osten nicht zulassen würden, dass die zwei Mio. Israelis von 100 Mio. Arabern überwältigt würden.<sup>33</sup>

Trotz ihrer Entschlossenheit, den Krieg gegen Pakistan rasch für sich zu entscheiden, war Indira Gandhi durch die Entsendung der USS Enterprise nun doch sehr verunsichert. Gegenüber Vertretern der Sowjetunion beteuerte sie, die indische Regierung hege keinerlei Absichten, Pakistan zu zerstören oder pakistanisches Territorium (einschließlich des umstrittenen Kaschmirs) auch nur dauerhaft zu besetzen. Zur Sicherheit kommandierte allerdings auch die Moskauer Führung zwei mit Atomraketen ausgestattete Schiffsgeschwader von Wladiwostok aus in den Indischen Ozean.<sup>34</sup>

Zum ersten Mal nutzte Nixon nun den nach der Kubakrise 1962 zwischen Washington und Moskau etablierten „Heißen Draht“, um Breschnew am 12. Dezember 1971 zu warnen: „Time is of the essence to avoid consequences neither of us want.“<sup>35</sup> Besänftigend wurde ihm daraufhin mitgeteilt, natürlich habe die Regierung Indira Gandhi keinerlei Interesse an der Eroberung westpakistanischen Territoriums.<sup>36</sup>

Obgleich der sowjetische Botschafter in Neu-Delhi indischen Regierungsvertretern gegenüber versicherte, die Anwesenheit der sowjetischen Schiffsgeschwader im Golf von Bengalen würde eine mögliche Intervention der USA in Ostbengalen verhindern, drängte die Moskauer Führung auf ein rasches Ende des Krieges, um eine tatsächliche Kraftprobe zwischen den beiden Großmächten obsolet zu machen.<sup>37</sup> Zu Kissingers großem Verdruss ging dieses indisch-sowjetische Kalkül

32 AA / IfZ: AAPdB, 1971, Bd. 3, Dok. 450; ähnlich auch Macmillan: *Nixon and Mao*, S. 222.

33 AA / IfZ: AAPdB, 1971, Bd. 3, Dok. 450; vgl. auch Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 243.

34 Ebd., S. 251; 255; Sisson / Rose: *War and Secession*, S. 264.

35 Zit. n. Kux: *The United States and Pakistan*, S. 202.

36 Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 257–8.

37 Heß: *Bangladesch. Tragödie einer Staatsgründung*, S. 176; Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 254. Außerdem fürchtete man, den UN-Sicherheitsrat nicht viel länger durch ein Veto blockieren zu können. S. Matinuddin: *Tragedy of Errors*, S. 317; Franke: *Hoffnungsträger und Sorgenkind Südasien*, S. 385–6.

dann auch tatsächlich auf. „What we are seeing here is a Soviet-Indian power play to humiliate the Chinese and also somewhat us“<sup>38</sup> war seine Einschätzung zum raschen Sieg der indischen Truppen in Ostpakistan gegenüber Nixon. Der US-Präsident konnte dem nur zustimmen: „A victory of India over Pakistan [would be] the same as a victory of the Soviet Union over China.“<sup>39</sup>

Genau dies wollten Nixon und Kissinger unbedingt verhindern. Niemand sollte später sagen können, „that the friends of China and the United States have been clobbered by India and the Soviet Union.“<sup>40</sup> Vergeblich versuchten sie erneut, die chinesische Regierung zur Verlegung ihrer Truppen an die chinesisch-indische Grenze zu bewegen. Anders als von Nixon und Kissinger vorausgesetzt, wollte die Pekinger Führung sich im Bangladeschkrieg jedoch nicht in erster Linie gegenüber der Sowjetunion behaupten, indem sie die pakistanische Zentralregierung unterstützte, sondern war vor allem an einem intakten Verhältnis zu ihrem südlichen Nachbarn Indien interessiert, das durch einen militärischen Eingriff empfindlich gestört worden wäre. Außerdem hielt Mao Zedong Ostpakistan für ohnehin längst verloren und stand 1971 nach der Kulturrevolution unter zu starkem innenpolitischem Druck, als dass er einen potenziell verlustreichen Krieg hätte riskieren können.<sup>41</sup>

Letztlich ist es der dadurch bedingten chinesischen Zurückhaltung zu verdanken, dass der Dritte Indisch-Pakistanische Krieg im Dezember 1971 nicht zu einer offenen Auseinandersetzung zwischen den USA und der Sowjetunion führte. Hätte Mao Zedong in den südasiatischen Krieg eingegriffen und die Moskauer Führung zur indischen Regierung gehalten, dann wäre auch Nixon dazu bereit gewesen, an der Seite der chinesischen Armee in den Dritten Indisch-Pakistanischen Krieg einzutreten. Die sowjetische Führung wiederum hatte mit einer militärischen Reaktion im Falle eines chinesischen Einschreitens in Ostbengalen gedroht und diese Drohung mit erhöhten Truppenbewegungen an der Grenze zur VR China unterstrichen.<sup>42</sup> Das Potenzial zu einer kaum kontrollierbaren Eskalation des Bangladeschkriegs war also durchaus vorhanden.

---

**38** McMahon: *On the Periphery of a Global Conflict: India and the Cold War, 1947–1991*, S. 296; Bass: *The Blood Telegram*, S. 262.

**39** Zit. n. Kux: *The United States and Pakistan*, S. 203.

**40** Zit. n. Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 243; vgl. auch McMahon: *Cold War on the Periphery. The United States, India and Pakistan*, S. 345.

**41** Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 256–7; McMahon: *On the Periphery of a Global Conflict: India and the Cold War, 1947–1991*, S. 296.

**42** Kux: *The United States and Pakistan*, S. 202; Matinuddin: *Tragedy of Errors*, S. 318; s. auch Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 122; McMahon: *Agency, Structure, and Interdependence: Reflections on the Regional and Global Cold Wars*, S. 20–1.



Es sollte allerdings anders kommen. Am 13. Dezember 1971 gab Yahya Khan dem Drängen der pakistanischen Armeeführung auf Kapitulation vor der indischen Übermacht nach, woraufhin die Generäle Farman Ali und A. A. K. Niazi am Morgen des 15. Dezember 1971 den US-amerikanischen Generalkonsul in Dhaka darum baten, eine entsprechende Nachricht nach Neu-Delhi zu senden.<sup>43</sup> Am Folgetag akzeptierte die indische Regierung die Kapitulation der pakistanischen Streitkräfte in Ostpakistan und ordnete auch an der Westfront einen einseitigen Waffenstillstand an, der wiederum von der pakistanischen Seite akzeptiert wurde. Am 16. Dezember 1971 unterzeichnete der pakistanische General Niazi die bedingungslose Kapitulation der pakistanischen Armee. Bhutto, der zur selben Zeit in New York an dringlichen Sitzungen des UN-Sicherheitsrates teilnahm, war zwar empört, konnte die nunmehr geschaffenen Tatsachen allerdings auch nicht mehr ändern.<sup>44</sup>

Nixon sah sich bei Kriegsende in seiner Abneigung gegen Indien bestätigt und auch Henry Kissinger konnte seiner Enttäuschung über den unerwünschten Ausgang des Dritten Indisch-Pakistanischen Krieges nur noch durch Polemik Ausdruck verleihen: „the liberals are going to look like jerks because the Indian occupation of East Pakistan is going to make the Pakistani one look like child’s play.“<sup>45</sup> Ein von gegenseitigen Schuldzuweisungen geprägter Briefwechsel zwischen Indira Gandhi und Richard Nixon zwischen dem 15. und 17. Dezember 1971 markierte einen Tiefpunkt in den indisch-amerikanischen Beziehungen.<sup>46</sup>

Die sowjetische Führung hatte die südasiatische Krise dagegen von Anfang an weitaus weniger durch das Prisma des Kalten Krieges betrachtet als ihre US-amerikanischen Gegenspieler. Man deutete den Konflikt dort als innerpakistanisches und höchstens regionales Problem. Aus sowjetischer Sicht stellte der Krieg in Südasien deshalb auch keineswegs eine Gefährdung der Entspannungspolitik mit den Vereinigten Staaten dar, wie man der US-Regierung bald nach Kriegsausbruch auch mitteilte.<sup>47</sup>

Die Moskauer Führung hatte die eigenen Einflussmöglichkeiten außerdem deutlich realistischer eingeschätzt als Nixon und Kissinger ihre. Nachdem Indira Gandhi klarstellte, dass die indische Regierung sich vom Eingreifen in Ostpa-

---

<sup>43</sup> Die Nixon-Administration in Washington intervenierte jedoch und bestand darauf, dass Yahya Khan die Kapitulationserklärung persönlich autorisierte, wodurch das Kriegsende um einen weiteren Tag hinausgezögert wurde, s. Kux: *The United States and Pakistan*, S. 203–4.

<sup>44</sup> Guha: *India after Gandhi*, S. 460; Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 259–62; vgl. AA / IfZ: *AAPdB*, 1972, Bd. 1, Dok. 14, Anm. 6.

<sup>45</sup> Zit. n. Guha: *India after Gandhi*, S. 460; Bass: *The Blood Telegram*, S. 278.

<sup>46</sup> Wagner: *Die „verhinderte“ Großmacht?* S. 187.

<sup>47</sup> Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 115; 249.

kistan in keinem Fall würde abhalten lassen und dabei außerdem die zuvor im Freundschaftsvertrag zugesagte sowjetische Solidarität einforderte, blieb der Moskauer Führung wenig übrig, als während des kurzen Krieges den UN-Sicherheitsrat durch ihr Veto zugunsten Indiens zu blockieren. Auch die Einwirkungsmöglichkeiten der Sowjetunion waren in diesem Krieg also begrenzt.<sup>48</sup>

Die militärischen Drohgebärden der Großmächte sollten jedenfalls ins Leere laufen. Erst am 18. Dezember 1971, also bereits nach Kriegsende, trafen die US-amerikanischen und sowjetischen Verbände aufeinander; größere Zwischenfälle blieben dabei aus.<sup>49</sup>

### Die Welt zwischen Isolationismus und Interventionismus

Obleich der Dritte Indisch-Pakistanische Krieg nicht zu einer direkten militärischen Konfrontation der Großmächte führte, trafen sie im UN-Sicherheitsrat doch zumindest diplomatisch aufeinander. Bald nach Ausbruch des Krieges in Südasien wurde dieses multilaterale Forum zu einem regelrechten Nebenkriegsschauplatz, auf dem die Regierungen in Washington, Moskau und Peking für ihre jeweiligen Positionen im Bangladeschkrieg zu werben und ihre eigenen nationalstaatlichen Interessen durchzusetzen versuchten.

Bereits am 5. Dezember 1971 brachte der US-amerikanische Botschafter bei den Vereinten Nationen, George H. W. Bush, eine Resolution in den UN-Sicherheitsrat ein, die von den Regierungen in Indien und Pakistan einen Waffenstillstand und einen Abzug der indischen Truppen aus Ostpakistan forderte. Der US-Vorschlag scheiterte jedoch dreimal am Veto der Sowjetunion, deren Vertreter stattdessen mit einer eigenen Resolution konterte, in der im indischen Sinne nach einer politischen Lösung für Ostpakistan verlangt und die pakistanische Zentralregierung verurteilt wurde.<sup>50</sup>

Henry Kissinger stellte daraufhin frustriert fest, dass der UN-Sicherheitsrat blockiert war, da jegliche gegen Indien gerichtete Resolution von der UdSSR, eine Resolution gegen Pakistan aber von der erst wenige Wochen zuvor auf Betreiben

<sup>48</sup> Sisson / Rose: *War and Secession*, S. 244; Heß: *Bangladesch. Tragödie einer Staatsgründung*, S. 127; vgl. auch Vermerk von Berendonck, 14. Dezember 1971, PA AA, B 37, Bd. 633.

<sup>49</sup> Anna Orton: *India's Borderland Disputes. China, Pakistan, Bangladesh, and Nepal*. New Delhi: Epitome Books 2010, S. 116; Linde: *Bangla Desh. Indien und die Großmächte im Pakistanischen Konflikt*, S. 122.

<sup>50</sup> Schneider: *Die Außenpolitik der DDR gegenüber Südasien*, S. 8; Bass: *The Blood Telegram*, S. 283; Heß: *Bangladesch. Tragödie einer Staatsgründung*, S. 127; Wagner: *Die „verhinderte“ Großmacht?* S. 106; Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 240.

der US-Regierung in die UNO aufgenommenen VR China mit einem Veto quittiert werden würde. Kissinger empfand diese Situation als Demütigung und als einen weiteren Wendepunkt in den amerikanisch-sowjetischen Beziehungen.<sup>51</sup>

Am 7. Dezember schließlich gelang Botschafter Bush ein diplomatischer Coup, als er die Waffenstillstandsresolution statt in den Sicherheitsrat nun in die UN-Generalversammlung einbrachte. Er konnte fast alle dort vertretenen Staaten davon überzeugen, die militärische Intervention Indiens bei seinem Nachbarn Pakistan zu verurteilen. In der folgenden Abstimmung unterstützten 104 Länder den (unverbindlichen) Vorstoß der USA, während nur elf Staaten sich auf die Seite Indiens schlugen. Besonders enttäuschend war aus Sicht der indischen Regierung, dass auch wichtige bündnisfreie Länder wie Jugoslawien, Ägypten und Indonesien sich in dieser Frage gegen sie stellten.<sup>52</sup>

Der US-Regierung wiederum bedeutete dieser symbolische Sieg in der UNO eine große Genugtuung. Am 21. Dezember 1971, als die Kampfhandlungen in Südasien bereits beendet waren, konnte sich endlich auch der UN-Sicherheitsrat auf den ursprünglichen Resolutionsentwurf der USA einigen.<sup>53</sup> Als Gremium zur internationalen Konfliktbewältigung blieben die Vereinten Nationen im Dritten Indisch-Pakistanischen Krieg freilich wirkungslos.

Eine weitere Lunte, die auch das ethnische Pulverfass Westpakistan hätte zum Bersten bringen können, hatte Indira Gandhi schon Monate vor Ausbruch der offenen Kriegshandlungen gelegt: Im Herbst 1971 forderte sie den afghanischen Ministerpräsidenten in einem Brief dazu auf, auch an Pakistans westlicher Grenze eine militärische Drohkulisse aufzubauen.<sup>54</sup> Angesichts der in Kabul arg-

---

51 Aus Sicht der indischen Regierung wiederum war es wenig nachvollziehbar, dass die USA das angebliche indische Fehlverhalten vor dem UN-Sicherheitsrat anprangerten, nachdem sie die Massaker der pakistanischen Armee in Ostbengalen zuvor ignoriert hatten. S. Bass: *The Blood Telegram*, S. 283–4.

52 Sargent: *A Superpower Transformed*, S. 89; Kux: *The United States and Pakistan*, S. 200; Matinuddin: *Tragedy of Errors*, S. 285; Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 241–2. „Viele dachten dabei an potentiell sezessionsgeneigte Minderheiten im eigenen Land oder an drohende ausländische Einmischungen gegen ihre eigene Souveränität“, schätzten es zeitgenössische Beobachter später ein. S. Heß: *Bangladesch. Tragödie einer Staatsgründung*, S. 127–8; vgl. auch Diehl an AA sowie Botschaft Islamabad und SV bei der UNO in New York, 10. Dezember 1971, PA AA, ISLA, Bd. 8129.

53 Bass: *The Blood Telegram*, S. 284–5; Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 242; Rogers: *United States Foreign Policy 1971*, S. 111–2; Linde: *Bangla Desh. Indien und die Großmächte im Pakistanischen Konflikt*, S. 84; Heß: *Bangladesch. Tragödie einer Staatsgründung*, S. 128.

54 Lüders an AA sowie Botschaften Kabul und Rawalpindi, 7. September 1971, PA AA, B 36, Bd. 431; vgl. auch Breuer an AA, 5. April 1972, PA AA, B 36, Bd. 533.

wöhnlich beäugten rücksichtslosen Niederschlagung politischer Autonomiebestrebungen der auch in Afghanistan beheimateten paschtunischen Minderheit im Nordwesten Pakistans durch die pakistanische Zentralregierung, war dies tatsächlich kein unrealistisches Szenario.<sup>55</sup> Zudem gab es in der afghanischen Regierung und Öffentlichkeit von Anfang an große Sympathien für den ostpakistanischen Freiheitskampf.<sup>56</sup>

Zwar verletzte die afghanische Armee nach Kriegsausbruch tatsächlich einige Truppenverbände an die pakistanische Grenze, auf eine echte militärische Auseinandersetzung mit Pakistan war man in Afghanistan allerdings kaum vorbereitet. Außerdem fürchtete die afghanische Regierung, „daß der Iran sich durch sein Bündnis mit Pakistan verpflichtet fühlen könnte, durch militärische Operationen in den westlichen Landesteilen Afghanistans die afghanischen Truppen zu binden.“<sup>57</sup> Allein traute sich die afghanische Regierung eine solche Operation offenbar nicht zu.

Vom 12. bis 14. Dezember 1971 reiste der afghanische König Mohammed Zahir Shah daher nach Moskau, um der sowjetischen Führung eine „Balkanisierung“ des pakistanischen Westflügels vorzuschlagen, wobei er vor allem das Ziel verfolgte, Afghanistan die paschtunischen Stammesgebiete der pakistanischen Nord-West-Provinz zuzuschlagen.<sup>58</sup> Sein Vorschlag wurde dort allerdings nicht erhört. Die Regierung Afghanistans musste im Konflikt um Ostpakistan also neutral bleiben und mahnte lediglich immer wieder die Sicherheit der Paschtunen in Westpakistan an.<sup>59</sup> Um ihrem nordwestlichen Nachbarn keinen Vorwand für einen Angriff zu liefern, stellte die pakistanische Zentralregierung vorsorglich sicher, dass wichtige Transportgüter die Strecke von Karachi nach Kabul auch während des Krieges unbeschadet nehmen konnten.<sup>60</sup> Andernfalls hätte der afghanischen Bevölkerung im bevorstehenden Winter eine Hungersnot gedroht.<sup>61</sup>

---

55 Breuer an AA, 29. November 1971, PA AA, B 36, Bd. 431. Vor diesem Hintergrund sind auch die indischen Versuche während des Krieges zu verstehen, die paschtunische Minderheit in Westpakistan gegen die dortige Zentralregierung aufzuwiegeln. S. „Information über Entwicklungstendenzen innerhalb der Regierung von Bangla Desh und im indisch-pakistanischen Konflikt“, 11. Dezember 1971, BStU, MfS, HV A, Nr. 398.

56 Breuer an AA, 1. April 1971, PA AA, B 37, Bd. 626.

57 Breuer an AA, 6. Dezember 1971, PA AA, B 30, Bd. 671.

58 Sisson / Rose: *War and Secession*, S. 246.

59 Breuer an AA, 20. Dezember 1971, PA AA, B 36, Bd. 431.

60 Breuer an AA, 10. Januar 1972, PA AA, B 36, Bd. 533.

61 Breuer an AA, 6. Dezember 1971, PA AA, B 30, Bd. 671.

## 5.2 Deutsch-deutsche Reaktionen

Während die indische Armee in Ostpakistan schnell Fakten schuf, war es Indira Gandhi nach Kriegsausbruch ein entscheidendes Anliegen, dass die internationale Gemeinschaft eben diese Fakten auch möglichst rasch anerkannte. Wiederrum wurden dabei die beiden deutschen Staaten mit ihren gegensätzlichen Partikularinteressen in Südasien zu privilegierten Adressaten des indischen Werbens um internationale Zustimmung. Vor allem den Umgang von Bundesrepublik Deutschland und DDR mit der am 6. Dezember 1971 von der indischen Führung anerkannten provisorischen Regierung von Bangladesch betrachtete die indische Regierung bald als einen Gradmesser ihrer Loyalität.

Bedeutete die Anerkennung Bangladeschs durch einen anderen Staat für die indische Regierung eine Genugtuung, so war die damit verbundene Akzeptanz der Spaltung Pakistans aus Sicht der pakistanischen Zentralregierung ein Affront. Da die DDR als einer weniger Staaten überhaupt keine offiziellen Beziehungen zu Pakistan unterhielt, die durch eine Anerkennung Bangladeschs hätten gefährdet werden können, nahm sie in dieser Frage eine gewisse Sonderstellung ein. Nicht nur die Kommunistische Partei Indiens maß der DDR deshalb „die Rolle eines Avantgarden bei der internationalen Anerkennung [von] Bangla Desh“<sup>62</sup> bei, sondern auch einige andere sozialistische Staaten teilten diese Meinung.<sup>63</sup> Bald nach Kriegsausbruch wurde die DDR-Vertretung in Neu-Delhi daher regelrecht „bestürmt“, Bangladesch möglichst unverzüglich anzuerkennen.<sup>64</sup> Selten zuvor war die Haltung der DDR zur politischen Entwicklung in Südasien von derartiger Relevanz gewesen.

Die indische Regierung wusste sehr wohl um die Lockmittel, die ihr im Umgang mit der DDR an die Hand gegeben waren. Am 7. Dezember 1971 versicherte ein indischer Diplomat dem obersten DDR-Vertreter in Neu-Delhi Herbert Fischer, „dass [eine] Anerkennung Bangla Desh[s] durch [die] DDR zur beschleunigten diplomatischen Anerkennung der DDR durch Indien führen würde. Indien würde dann einen baldigen Zeitpunkt nennen.“ Eine Anerkennung zum Preis der Anerkennung wollte er zu diesem Zeitpunkt indes noch nicht konkret versprechen, da dies sonst einem „Erkauf der Anerkennung Bangla Desh[s]“ gleich-

---

<sup>62</sup> Monatsbrief von Herbert Fischer an Oskar Fischer, 14. Dezember 1971, PA AA, M 1, C 1729/76.

<sup>63</sup> Herbert Fischer an Winzer und Radde, 8. Dezember 1971, BArch, DY 30/97822.

<sup>64</sup> Diehl an AA, 8. Dezember 1971, PA AA, B 37, Bd. 632.

käme.<sup>65</sup> Auch der indische Generalkonsul in Ost-Berlin J. C. Ajmani blieb dem MfAA gegenüber in dieser Frage weiterhin vage.<sup>66</sup>

Das Ost-Berliner Ministerium für Staatssicherheit (MfS) erhielt dagegen hoffnungsvollere Signale. Dort erfuhr man am 10. Dezember 1971 von einem leitenden Diplomaten aus dem indischen Außenministerium, dass die indische Regierung innerhalb weniger Tage mit einer Anerkennung Bangladeschs durch die DDR rechne und dies ihrerseits mit einer Anerkennung der DDR belohnen werde.<sup>67</sup>

Die DDR-Führung beschloss nun, ihre deutschlandpolitischen Hoffnungen in Indien ganz auf eine möglichst frühe Anerkennung von Bangladesch zu setzen. In öffentlichen Aussagen gab DDR-Außenminister Otto Winzer die Kriegsschuld nunmehr eindeutig der pakistanischen Zentralregierung, erklärte die Solidarität der DDR mit der Regierung Indiens und bekannte sich zum „Recht auf Selbstverteidigung des ostpakistanischen Volkes.“ Am 8. Dezember 1971 war in der DDR-Presse außerdem zum ersten Mal der Name „Bangladesh“ zu lesen<sup>68</sup> und in einer offiziellen Erklärung bezichtigte die „Deutsch-Südostasiatische Gesellschaft in der DDR“ die westdeutsche Bundesregierung einer Unterstützung der westpakistanischen Kriegstreiber.<sup>69</sup>

Tatsächlich konnten diese öffentlichkeitswirksamen und symbolträchtigen Aktionen der DDR in den Kriegstagen des Dezember 1971 viele einflussreiche indische Parlamentarier davon überzeugen, dass die DDR prinzipiell zu einer Anerkennung Bangladeschs bereit war und sich damit eindeutiger auf der Seite Indiens (und gegen Pakistan) positioniert habe als die Bundesrepublik.<sup>70</sup> Die DDR-Führung hoffte, dass die indische Regierung diese Loyalität nun endlich mit der ersehnten diplomatischen Anerkennung honorieren würde. Diese zeigte sich von den Ost-Berliner Solidaritätsbekundungen jedoch deutlich weniger beeindruckt als erwünscht.

---

**65** Voigt: *Die Indienpolitik der DDR*, S. 653; Herbert Fischer an Winzer und Radde, 8. Dezember 1971, BArch, DY 30/97822; Vorschlag zum weiteren Vorgehen gegenüber Indien und Bangla Desh“ von Radde, 4. Januar 1972, PA AA, M 1, C 787/75; vgl. auch „Information über die Reise des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten, Genossen Otto Winzer, nach Indien und Bangladesh“, undatiert, PA AA, M 1, C 1046/77.

**66** Voigt: *Die Indienpolitik der DDR*, S. 653–4.

**67** „Information über Entwicklungstendenzen innerhalb der Regierung von Bangla Desh und im indisch-pakistanischen Konflikt“, 11. Dezember 1971, BStU, MfS, HV A, Nr. 398.

**68** „Annual Political Report for 1971“ von J. C. Ajmani, undatiert, NAI, Ministry of External Affairs, H I/1011(55)/72.

**69** Erklärung der Deutsch-Südostasiatischen Gesellschaft in der DDR, 8. Dezember 1971, PA AA, M 1, C 1053/77.

**70** AA / IfZ: *AAPdB*, 1971, Bd. 3, Dok. 454, Anm. 9.

Wesentlich erschwert wurde die Ost-Berliner Argumentation dadurch, dass die DDR-Führung trotz identischer Interessen mit Indien und obwohl sie gegenüber Pakistan wenig zu verlieren hatte, in der Frage der Anerkennung Bangladeschs, kaum selbstständig entscheiden konnte. Mit Beginn der offenen Kriegshandlungen zwischen Indien und Pakistan wurde die DDR-Führung über ihre Botschaft in Moskau sogar regelrecht beauftragt, mit dem Außenministerium der UdSSR ständig Rücksprache „über die Einschätzung der Lage und beabsichtigte sowjetische Schritte zu halten.“<sup>71</sup>

Gerade angesichts der Neuen Ostpolitik Anfang der 1970er Jahre wurden sämtliche wesentliche außenpolitische Entscheidungen der DDR in Moskau gefällt.<sup>72</sup> Die von Indien gewünschte und auch in Ost-Berlin befürwortete Anerkennung Bangladeschs konnte DDR-Außenminister Otto Winzer nach dem 6. Dezember 1971 also noch gar nicht aussprechen, sondern der indischen Regierung nur recht allgemein zusagen, „seine Regierung begrüße die Anerkennung ‚Bangladeshs‘ durch Indien und Bhutan und betrachte dies als ein neues Kapitel in dem ‚Befreiungskampf‘.“<sup>73</sup>

Die westdeutsche Bundesregierung wiederum begegnete dem entstehenden Staatsgebilde in Ostpakistan von Anfang an mit deutlich größerer Skepsis als ihre Ost-Berliner Gegenspieler. In der bundesrepublikanischen Botschaft in Neu-Delhi fürchtete man nach Anerkennung Bangladeschs durch Indien sofort, dass die DDR alsbald folgen, Bangladesch ebenfalls anerkennen und sich dadurch „die bisherige Situation eines nur geringen Interesses der indischen Öffentlichkeit für die Anerkennung der DDR schlagartig“ ändern könnte.<sup>74</sup> Der BRD-Botschafter Diehl erkannte jedoch auch die Grenzen, die der DDR-Außenpolitik durch die sowjetische Führung gesetzt wurden. Dass die DDR Bangladesch dann nicht umgehend anerkannte, bewertete er wenig später als Indiz, „daß die DDR nur durch die Sowjetunion von einer sofortigen Anerkennung ‚Bangla Deshs‘ zurückgehalten werden dürfte. Ob Moskau Ostberlin schließlich doch ein Vorpellen in der Frage gestattet, wird ein aufschlussreicher Test für das Verhältnis zwischen beiden sein.“<sup>75</sup>

---

71 Voigt: *Die Indienpolitik der DDR*, S. 653–4; vgl. Ingrid Muth / Karl Seidel: Außenpolitische Interessen der DDR. In: Siegfried Bock / Ingrid Muth / Hermann Schwiesau (Hrsg.): *DDR-Außenpolitik im Rückspiegel. Diplomaten im Gespräch*. Münster: Lit Verlag, 2004, S. 13–32, hier S. 16.

72 Wentker: *Außenpolitik in engen Grenzen*, S. 363.

73 Diehl an AA, Botschaft Rawalpindi und SV bei der UNO in New York, 10. Dezember 1971, PA AA, B 37, Bd. 632.

74 Diehl an AA, 6. Dezember 1971, PA AA, B 37, Bd. 631.

75 Diehl an AA, Botschaft Rawalpindi und SV bei der UNO in New York, 10. Dezember 1971, PA AA, ISLA, Bd. 8129.

Die Bonner AA-Zentrale stimmte Diehls Einschätzung zwar zu, sah deshalb aber zunächst noch keinen konkreten Handlungsbedarf für die Bundesregierung. Als Diehl am 7. Dezember 1971 im indischen Außenministerium unter Hinweis auf die eindeutige Haltung der DDR in dieser Frage darum gebeten wurde, die Bundesregierung möge Bangladesch ihrerseits möglichst bald anerkennen,<sup>76</sup> um zu verhindern, dass die indische Regierung durch ein einseitiges ostdeutsches Wohlverhalten zur Anerkennung der DDR gezwungen wurde, reagierte man im AA zurückhaltend.

Am selben Tag beschied Ministerialdirektor von Staden hierzu, dass „solange der Krieg andauert und in Ostpakistan nicht eindeutige politische Verhältnisse herrschen, die eine neue Staatsgründung evident machen, nicht an die Anerkennung eines Staatsgebildes Bangladesch“ zu denken sei. Außerdem „würde die Bundesregierung nicht ohne Abstimmung mit ihren Verbündeten eine so schwerwiegende Entscheidung treffen.“<sup>77</sup> Und tatsächlich sprachen noch an diesem Tag westdeutsche Diplomaten die britische Regierung in London auf eine mögliche Anerkennung von Bangladesch an, wobei sie „selbstverständlich jeden Eindruck vermieden, als ob wir (angesichts der DDR-Problematik) einen solchen Schritt ins Auge fassen würden.“ Als die britische Seite sich in dieser Frage zögerlich zeigte,<sup>78</sup> hatte sich das Thema aus bundesrepublikanischer Sicht vorerst erledigt.

Um der indischen Regierung keinen Vorwand für eine deutschlandpolitisch unliebsame Entscheidung zu liefern, sprach sich der westdeutsche Botschafter in Indien am 9. Dezember 1971 gegen eine allzu harsche Kritik der Bundesregierung an Indien in diesem südasiatischen Konflikt aus.<sup>79</sup> Sorge bereitete dem AA außerdem die Tatsache, dass das militärische Vorgehen der indischen Regierung gegen ihren Nachbarn Pakistan in der westdeutschen Öffentlichkeit auf wenig Verständnis stieß.<sup>80</sup> Das Entwicklungsland Indien wirkte in diesem Konflikt als Aggressor und der öffentliche Druck auf die Bundesregierung, diese Tatsache endlich auch beim Namen zu nennen, wuchs mit jedem weiteren Kriegstag. Um

---

76 Diehl an AA, 8. Dezember 1971, PA AA, B 37, Bd. 632.

77 AA / IfZ: AAPdB, 1971, Bd. 3, Dok. 440, Anm. 2; v. Staden folgte damit Diehls Empfehlung vom Vortag, s. Diehl an AA, 6. Dezember 1971, PA AA, B 37, Bd. 631.

78 Hase an AA sowie Botschaften Paris, Washington, die SV bei der UNO in New York und Botschaft Moskau, 7. Dezember 1971, PA AA, B 37, Bd. 632.

79 Diehl an AA sowie Botschaft Rawalpindi, 9. Dezember 1971, PA AA, ISLA, Bd. 8129.

80 „Der erneute Krieg hatte die Bewunderung für eine anders geartete Lösung gesellschaftlicher Konflikte, symbolisiert durch Mahatma Gandhi, besonders bei der Generation, die den Zweiten Weltkrieg schmerzlich miterlebt hatte und mit der Schuldfrage belastet war, zerstört.“ S. Franke: *Hoffnungsträger und Sorgenkind Südasiens*, S. 384; ähnlich Linde: *Bangla Desh. Indien und die Großmächte im Pakistanischen Konflikt*, S. 85.



die indische Regierung nicht zu verärgern, hieß es wenige Tage vor Kriegsende in einer Weisung der Bonner AA-Zentrale an die Botschaft in Neu-Delhi: „Die Bundesregierung ist bemüht, die in der deutschen Öffentlichkeit und im Parlament wachsende Kritik an der Fortführung der deutschen Entwicklungshilfe für Indien aufzufangen. Die Botschaft wird daher gebeten, jede Publizität auf diesem Sektor zu vermeiden.“<sup>81</sup>

In der DDR-Vertretung in Neu-Delhi kannte man solche Herausforderungen einer freien Presse im eigenen Land nicht. Dort stellten DDR-Diplomaten am 13. Dezember 1971 vielmehr unwidersprochen fest, „dass Indien im Prinzip einen gerechten Krieg gegen das pakistanische Militärregime, nicht gegen das pakistanische Volk, führt.“<sup>82</sup> Während die DDR-Vertreter also selbst klar für Bangladesch Stellung bezogen, Indien lobten und Pakistan verurteilten, verteilten sie indienkritische Medienberichte aus der Bundesrepublik an indische Journalisten und im indischen Außenministerium.<sup>83</sup>

Obgleich sie weiterhin keine konkreten Schritte versprach, bemühte die indische Regierung sich daraufhin, der wohlgesonnenen DDR-Führung wenigstens symbolisch entgegenzukommen. So zeigte sich der indische Generalkonsul in Ost-Berlin J. C. Ajmani ausgesprochen interessiert an der Haltung der DDR zum werdenden Staat Bangladesch, „da diese Frage wesentlichen Einfluss auf die weitere Entwicklung der Beziehungen zwischen der DDR und Indien haben werde“, wie er DDR-Außenminister Otto Winzer am 13. Dezember 1971 zusagte. Als Winzer sich dieser Andeutung gegenüber dann allzu offen zeigte, relativierte Ajmani allerdings sofort wieder,

daß es kein Junktim zwischen der Aufnahme von Beziehungen zu Bangla Desh und der Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen der DDR und Indien geben könne. Er sei jedoch überzeugt, daß die Haltung der DDR zu Bangla Desh die Zeit bis zur Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen Indien und der DDR verkürzen werde.<sup>84</sup>

In einem Gespräch mit Willi Stoph am 15. Dezember 1971 versprach J. C. Ajmani dann zum ersten Mal konkrete Konsequenzen zum Dank für die Unterstützung der DDR im Bangladeschkrieg: „Ich habe es nie gesagt, aber jetzt tue ich es. Das

---

**81** Lebsanft an Botschaft Neu-Delhi, 13. Dezember 1971, PA AA, B 58, Bd. 608.

**82** „Zu einigen Aspekten der militärischen Auseinandersetzung zwischen Pakistan und Indien“ von Schaller, 13. Dezember 1971, PA AA, M 1, C 1052/77.

**83** Diehl an AA, 13. Dezember 1971, PA AA, B 37, Bd. 633.

**84** „Vermerk über ein Gespräch des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, Genossen Otto Winzer, mit dem Leiter des GK Indiens in der DDR, Botschafter J. C. Ajmani, am 13. Dezember 1971“ von Radde, 15. Dezember 1971, BArch, DY 30/97822.

Ergebnis der gewachsenen Beziehungen zwischen Indien und der DDR wird bald offenkundig sein.<sup>85</sup> Eine Aussage, die Teile der DDR-Führung elektrisierte, zumal auch in der indischen Presse bereits während des Dritten Indisch-Pakistanischen Krieges offen darüber spekuliert worden war, inwiefern eine Anerkennung Bangladeschs durch Ost-Berlin mit einer DDR-Anerkennung durch Indien verbunden werden könnte.<sup>86</sup>

Auch die noch immer um ihr Staatsgebiet kämpfende provisorische Regierung von Bangladesch unternahm nun erste Versuche, die beiden deutschen Staaten gegeneinander auszuspielen. Am 11. Dezember 1971 sprach der Leiter der Bangladesch-Mission in Neu-Delhi, Humayun Rasheed (H. R.) Choudhury, in der westdeutschen Botschaft vor und teilte mit, ein DDR-Vertreter habe ihm am selben Morgen zu verstehen gegeben, „daß mit einer Anerkennung von Bangladesch durch die DDR in den nächsten Tagen zu rechnen sei.“<sup>87</sup> Die Regierung Bangladeschs plane zwar einstweilen nicht die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der DDR, bitte aber dennoch um eine schnelle Anerkennung Bangladeschs durch die Bundesrepublik. Die westdeutsche Botschaft lehnte ab und verwies darauf, dass der Krieg in Ostbengalen noch andauere und „daß die DDR Bangladesh aus sehr eigensüchtigen Motiven anerkennen wolle und dies vermutlich bereits getan hätte, wenn es die SU [Sowjetunion] gestattet hätte.“<sup>88</sup>

Dennoch wies Ministerialdirektor von Staden die bundesrepublikanische Botschaft in Neu-Delhi am 14. Dezember 1971 an, dem Vertreter des werdenden Bangladesch zu erklären, dass „das Entstehen eines Staatswesens Bangladesch und sein Eintritt in die Staatenfamilie durch eine Anerkennung der DDR nicht gefördert“ würde, da diese „im internationalen Bereich kein nennenswertes politisches Gewicht“ habe. Eine Anerkennung durch die DDR könne vielmehr zu einer Belastung werden, so die Drohung, „da Bangladesch auf diese Weise in die Auseinandersetzungen um die Anerkennung der DDR hineingezogen würde.“<sup>89</sup> Mit Verweis auf ihre Hallstein-Doktrin versuchte die Bundesregierung also auf einen Staat Einfluss zu nehmen, der aus ihrer Sicht offiziell noch gar nicht existierte.

---

**85** Vermerk von Florin, 15. Dezember 1971, PA AA, M 1, C 1736/76.

**86** Herbert Fischer (Generalkonsulat) an Oskar Fischer (Stellv. Minister, MFAA). Monatsbrief. 14.12.1971. PA AA, M 1, C 1729/76.

**87** AA / IfZ: AAPdB, 1971, Bd. 3, Dok. 440.

**88** Ebd.; Voigt: *Die Indienpolitik der DDR*, S. 656. Ähnlich äußerte Diehl sich am selben Tag auch gegenüber Haksar, der daraufhin versicherte, „die indische Haltung in der deutschen Frage sei in auch in der gegenwärtigen Lage unverändert“, s. Diehl an AA sowie Botschaft Islamabad und SV bei der UNO in New York, 11. Dezember 1971, PA AA, ISLA, Bd. 8129.

**89** AA / IfZ: AAPdB, 1971, Bd. 3, Dok. 440, Anm. 4.

Wie sich später herausstellen sollte, wäre dies allerdings kaum nötig gewesen, da sowjetische Diplomaten eine Anerkennung Bangladeschs durch die DDR auch kurz vor Ende der Kampfhandlungen in Ostpakistan noch ablehnten. Sie gaben zu bedenken, „die Regierung von Bangla Desh [bestehe] aus den Vertretern der bürgerlichen Partei, Volksliga, wobei sie in ihrer Zusammensetzung im Großen und Ganzen aus den Vertretern des rechten Flügels dieser Partei besteht, die negativ eingestellt sind zur Zusammenarbeit mit den progressiven Elementen, darunter auch mit der Kommunistischen Partei von Ostpakistan“, wie ein Vertreter der sowjetischen Botschaft in Ost-Berlin erläuterte.<sup>90</sup> Trotzdem warb die DDR-Presse gegen Kriegsende zunehmend öffentlichkeitswirksam für eine internationale Anerkennung des jungen Bangladesch – noch freilich ohne dabei konkrete Aussagen zu ihren eigenen Absichten in dieser Sache zu treffen.<sup>91</sup>

Kurz vor Ende des Krieges ersuchte auch ein Vertreter der pakistanischen Zentralregierung die Bundesregierung ein letztes Mal um Hilfe: Angesichts der von der BRD-Regierung stets selbst proklamierten Friedenspolitik möge sie sich bei der Sowjetunion dafür einsetzen, besänftigenden Einfluss auf Indien zu nehmen. Der westdeutsche Botschafter in Pakistan, Norbert Berger, musste die Erwartungen seines Gegenübers allerdings sofort dämpfen. Er bezweifelte, „daß sich die Sowjetunion von uns in ihren weltpolitischen Überlegungen beeinflussen lassen werde.“<sup>92</sup>

Die indische Regierung hatte dagegen größeren Erfolg in Bonn. Nachdem Anfang Dezember 1971 der Abschluss neuer bilateraler Darlehensverträge im Rahmen eines Regierungsabkommens auf das folgende Jahr vertagt worden war,<sup>93</sup> kamen in Indien Gerüchte auf, die Bundesregierung könne als Reaktion auf den Ausbruch der offenen Kriegshandlungen in Bengalen ihre Entwicklungszahlungen an Indien generell aussetzen. Am 15. Dezember 1971 konfrontierte der indische Botschafter Kewal Singh Bundeskanzler Willy Brandt mit diesen Gerüchten. Brandt stellte daraufhin sofort klar, dass die bundesrepublikanische Entwicklungshilfe keineswegs grundsätzlich gestoppt worden sei, sondern lediglich keine neuen Projekte initiiert werden sollten, solange die Kampfhandlungen auf dem indischen Subkontinent andauerten.<sup>94</sup> Diese Einschränkung galt nur für die Kriegsgebiete.

---

**90** „Antwort auf die Frage bezüglich Bangla Desh – gegeben vom Gesandten der Botschaft der UdSSR in der DDR, Genossen Gorinowitsch, am 13. Dezember 1971“, undatiert, PA AA, M 1, C 787/75.

**91** Diehl an AA, BMVg sowie Botschaft Rawalpindi, 17. Dezember 1971, PA AA, ISLA, Bd. 8130.

**92** Vermerk von Berendonck, 15. Dezember 1971, PA AA, B 37, Bd. 636.

**93** Vermerk von Steeg, 15. Dezember 1971, BArch, B 213/6776.

**94** Vermerk von Sanne, 16. Dezember 1971, BArch, B 136/6278. Der bundesrepublikanische Generalkonsul in Kalkutta fürchtete zudem um das Wohl deutscher Staatsangehöriger im Falle einer

Obgleich es weiterhin offiziell Anspruch der Bundesregierung war, „Indien und Pakistan im entwicklungspolitischen Bereich der jeweiligen Situation entsprechend soweit wie möglich mit gleichen Maßstäben zu behandeln“,<sup>95</sup> bedeutete dies doch, dass die bundesrepublikanische Entwicklungshilfe an Pakistan faktisch ausgesetzt wurde, da der Krieg fast ausschließlich auf pakistanischem Boden ausgetragen wurde.<sup>96</sup> Wie bereits vor dem Krieg in der Frage bilateraler Rüstungsexporte, so gelang es der indischen Regierung während des Krieges auch in der Entwicklungspolitik, die Bundesregierung zu ihren Gunsten zu einer Abkehr von ihrer eigentlich streng neutralen Haltung im Bangladeschkrieg zu bewegen. Aus der indischen Botschaft in Bonn berichtete man später entsprechend zufrieden nach Neu-Delhi: „the Foreign Office was at pains to convince us that the FRG was not taking sides.“<sup>97</sup>

### 5.3 Zwischenbilanz

Allein hätten die Mukti Bahini die Unabhängigkeit Bangladeschs kaum erkämpfen können, gegen die überlegene indische Armee war der Krieg des pakistanischen Militärs in Ostbengalen dagegen von Anfang an aussichtslos. Zu zerstritten war die pakistanische Zentralregierung und zu wenig koordiniert die Zusammenarbeit zwischen politischer und militärischer Führung, als dass sie der entschlossenen, innenpolitisch gefestigten und verteidigungspolitisch gut durchorganisierten Regierung Indira Gandhi lange hätte Widerstand leisten können. Das Eingreifen des indischen Militärs beendete also schnell den seit März 1971 schwebenden Konflikt, verhalf Bangladesch zur Unabhängigkeit und setzte zudem der humanitären Katastrophe in Bengalen ein Ende.<sup>98</sup> Durch die pakistanische Kapi-

---

Einstellung von Entwicklungshilfezahlungen, nachdem als Antwort auf eine entsprechende US-amerikanische Ankündigung ein Mob amerikanische Einrichtungen in Kalkutta demoliert hatte. S. Linsser an AA und Botschaft Neu-Delhi, 14. Dezember 1971, BArch, B 213/7715.

**95** Vermerk „Auswirkungen des indisch-pakistanischen Konflikts auf die deutsche Entwicklungshilfe“ von Fuhrmann, 13. Dezember 1971, BArch, B 213/6776.

**96** Vermerk „Auswirkung des Konfliktes Indien/Pakistan auf die deutsche Entwicklungshilfe an Pakistan; hier: Bericht der Bundesregierung für den Bundestagsausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit“ von Fuhrmann an Ehard Eppler, 13. Dezember 1971, BArch, B 213/6776.

**97** „Monthly Political Report for the Month of December 1971“ von D. Mukharji, 7. Januar 1972, NAI, Ministry of External Affairs, H I/1012(49)/71.

**98** Bass: *The Blood Telegram*, S. 178–9; Matinuddin: *Tragedy of Errors*, S. 288; Heß: *Bangladesch. Tragödie einer Staatsgründung*, S. 115; Sisson / Rose: *War and Secession*, S. 277; Mann: *Geschichte Südasiens*, 121.

tulation am 16. Dezember 1971 wurde Indien außerdem endgültig zur regionalen Vormacht in Südasien.

Das indisch-amerikanische Verhältnis allerdings wurde durch den Kriegsverlauf schwer beschädigt.<sup>99</sup> Aufgrund der US-amerikanischen Annäherung an die VR China und der damit entstandenen neuen strategischen Bündnislage hatte US-Präsident Nixon geglaubt, das militärische Vorgehen der indischen Regierung gegen seinen Verbündeten Pakistan nicht unbeantwortet lassen zu können. Durch die Entsendung der USS Enterprise in den Golf von Bengalen weitete sich der Bangladeschkrieg – begonnen als Freiheitsstreben der unterdrückten Bevölkerung Ostpakistans – rasch und unerwartet zu einer handfesten Krise im Kalten Krieg aus.<sup>100</sup>

In Indien erweckten der US-Präsident und sein Nationaler Sicherheitsberater Henry Kissinger durch diesen Schritt außerdem den Eindruck, dass ihre Südasienpolitik allein auf eine militärische Eindämmung Indiens abzielte. Dadurch und indem sie sich früh auf eine einseitige Unterstützung der pakistanischen Zentralregierung festlegte, nahm die Nixon-Administration sich jegliche Möglichkeit, in diesem Konflikt vermittelnd tätig zu werden. Nixon und Kissinger glaubten, der Kalte Krieg mache eine amerikanische Antwort auf (niemals gegebene) sowjetische Signale erforderlich.<sup>101</sup> Für sie war es schlichtweg unvorstellbar, dass Indien nicht Spielball eines der beiden Systemblöcke des Ost-West-Konflikts war: Wenn nicht ihr eigener, so doch zumindest derjenige ihrer sowjetischen Gegner.

Dieses Denken in der Logik des Kalten Krieges hatte nicht nur eine unnötige Parteinahme der US-Regierung zur Folge, sondern verhinderte auch, dass wenigstens die sowjetische Führung in diesem südasiatischen Konflikt als neutraler Akteur hätte auftreten können. So ließen die Großmächte ein Machtvakuum entstehen, in das die indische Regierung unter Indira Gandhi beherzt vorstieß, um ihre eigenen nationalstaatlichen Interessen in Ostpakistan durchzusetzen, die weder die sowjetischen noch die US-amerikanischen Bedürfnisse entscheidend berührten. Denn die politischen Führungen in Moskau und vor allem in

---

**99** Dennis Kux: *Estranged Democracies. India and the United States. 1941–1991*. New Delhi: Sage Publications 1994, S. 307; Guha: *India after Gandhi*, S. 461; Baldev Raj Nayar: *American Geopolitics and India*. New Delhi: Manohar Publishers 1976, S. 214; zur Entsendung der USS Enterprise als Tiefpunkt der indo-amerikanischen Beziehungen, s. auch McMahon: *Cold War on the Periphery. The United States, India and Pakistan*, S. 294.

**100** Wagner: *Die „verhinderte“ Großmacht?* S. 188–9; McMahon: *Cold War on the Periphery. The United States, India and Pakistan*, S. 343.

**101** Raghavan: *1971. A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 81; Sargent: *A Superpower Transformed*, S. 92; vgl. auch McMahon: *Agency, Structure, and Interdependence: Reflections on the Regional and Global Cold Wars*, S. 20–1.

Washington waren in erster Linie um das Schicksal von Pakistans westlichem Landesflügel besorgt. Beide wirkten also gemeinsam auf Indien ein, von einem massiven und potenziell existenzbedrohenden Schlag gegen Westpakistan Abstand zu nehmen.<sup>102</sup>

Nixons und Kissingers Furcht vor einer Zerstörung Westpakistans durch Indien und damit einem Gesichtsverlust der USA gegenüber der Sowjetunion und vor allem der VR China erwies sich jedoch als unbegründet: Zu keinem Zeitpunkt hegte Indira Gandhi eine solche Absicht, zumal Indien in Westpakistan im Gegensatz zum Ostflügel des Landes über keinerlei Sympathien in der Zivilbevölkerung verfügte – eine Voraussetzung, die entscheidend zum raschen Sieg der indischen Armee in Ostbengalen beigetragen hatte. Der paranoide Vorstoß der USA einschließlich Entsendung der USS Enterprise vor die indische Küste bewirkte vor allem ein beschleunigtes Vorpreschen der indischen Armee auf Dhaka.<sup>103</sup> Demgegenüber muss die Antwort auf die Frage, inwiefern diese US-amerikanische Drohgebärde letztlich eine indische Annektion des pakistanisch verwalteten Teils Kaschmirs verhinderte, hypothetisch bleiben, solange die indische Regierung wichtige interne Dokumente weiterhin unter Verschluss hält und die Entscheidungen der indischen Regierung im Bangladeschkrieg daher noch nicht lückenlos nachvollzogen werden können.<sup>104</sup>

Tatsächlich war der Handlungsspielraum der US-Regierung in diesem Konflikt aber begrenzt. In Südostasien waren die USA bereits in einen kaum kontrollierbaren Krieg verwickelt. Einen weiteren – und angesichts des indisch-sowjetischen Freundschaftsvertrages möglicherweise hochgefährlichen – Krieg in Asien konnten die USA sich vor diesem Hintergrund kaum leisten.<sup>105</sup> Als Kissinger sich deshalb in den kritischen Dezembertagen 1971 bemühte, die neu gewonnenen chinesischen Partner an Stelle der USA zu einem Eingriff zugunsten des gemeinsamen Freundes Pakistan zu bewegen, scheiterten seine Versuche kläglich.

Obleich die Regierungen in Washington und Moskau sich auch nach Ausbruch des Dritten Indisch-Pakistanischen Krieges im Dezember 1971 klar zu ihren südasiatischen Partnern bekannten, indem sie die Kriegsgegner jeweils einseitig mit Rüstungsgütern versorgten und zumindest andeuteten, es notfalls auch auf

---

**102** Sisson / Rose: *War and Secession*, S. 246; Matinuddin: *Tragedy of Errors*, S. 314.

**103** Raghavan: 1971. *A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 262–3.

**104** So etwa Linde: *Bangla Desh. Indien und die Großmächte im Pakistanischen Konflikt*, S. 114; vgl. auch Raghavan: 1971. *A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 245. Für einige Spekulationen, s. Kanti Bajpai: *India's Regional Disputes*. In: Bruce Jones / Pratap Bhanu Mehta / Waheguru Pal Singh Sidhu (Hrsg.): *Shaping the Emerging World. India and the Multilateral Order*. Washington, D.C.: Brookings Institution Press 2013, S. 115–130, hier S. 123.

**105** Guha: *India after Gandhi*, S. 459.

eine direkte Konfrontation ankommen zu lassen, waren die Reihen der globalen Systemblöcke im Bangladeschkrieg kaum geschlossen. Gemeinsam mit einigen anderen westlichen Bündnispartnern näherte sich so etwa die Bundesregierung überraschend weit der sowjetischen Position an<sup>106</sup> und überschritt im Herbst 1971 mit ihren Rüstungslieferungen nach Indien klar die Blockgrenzen des Kalten Krieges. Die Ost-Berliner Führung dagegen hätte sich am liebsten noch viel eindeutiger an die Seite Indira Gandhis gestellt, um sie dadurch zur Anerkennung der DDR zu bewegen.

Gegenüber den Großmächten in Washington und Moskau übten sich Bundesregierung und die politische Führung der DDR im Bangladeschkrieg also beide in Zurückhaltung. Während sich die Bundesregierung allerdings selbst zurückhielt, wurden die DDR-Vertreter allein von der sowjetischen Führung in Moskau davon abgehalten, dem wiederholt geäußerten Wunsch der indischen Regierung zu entsprechen und Bangladesch bereits im Dezember 1971 anzuerkennen. Nichtsdestotrotz gelang es ihnen dank der zuvor zur provisorischen Regierung von Bangladesch geknüpften Kontakte, die westdeutschen Diplomaten in den Kriegstagen gleichsam vor sich her zu treiben.

Forderte die indische Regierung vor Anerkennung der Regierung von Bangladesch am 6. Dezember 1971 noch eher symbolische Gesten wie öffentliche Solidaritätsbekundungen oder die Fortzahlung von Entwicklungshilfe, so war ihre Bitte an die internationale Gemeinschaft danach deutlich klarer. Wer Bangladesch anerkannte, konnte sich nun als wahrer Freund Indiens zeigen und sich damit das Wohlwollen der indischen Regierung sichern. Auch wenn indische Diplomaten ihren Ost-Berliner Gesprächspartnern nie konkret zusagten, dass eine Anerkennung von Bangladesch durch die DDR auch unmittelbar eine Anerkennung der DDR durch Indien nach sich ziehen würde, war die Versuchung für die DDR-Führung groß, dem indischen Drängen nachzugeben. Und allein die Möglichkeit eines solchen Szenarios setzte die westdeutsche Bundesregierung wiederum bereits unter Zugzwang.

Denn tatsächlich sandte die indische Regierung in den Kriegstagen im Dezember 1971 bewusst widersprüchliche Signale an die beiden deutschen Staaten, welche deutschlandpolitischen Folgen ein solches Zeichen der Freundschaft seitens der DDR haben würde. Vor allem im MfAA hörte man dabei in erster Linie, was man hören wollte. Die Situation war dann allerdings doch etwas komplexer, als von der DDR-Führung erhofft. Während die pakistanische Regierung in Islamabad andere Staaten von einer diplomatischen Anerkennung Bangladeschs abzuhalten versuchte, zielte die Bonner Hallstein-Doktrin auf eine Nicht-

---

**106** S. hierzu auch Raghavan: 1971. *A Global History of the Creation of Bangladesh*, S. 265–6.

Anerkennung der DDR. In beiden regionalen Konfliktfeldern würde der jeweils andere Staat durch die unerwünschte Anerkennung also vor den Kopf gestoßen werden.

Das Problem der DDR-Führung war, dass Indien in der Bundesrepublik Deutschland deutlich mehr zu verlieren hatte als sie selbst in Pakistan, wo die DDR über keinerlei offiziellen Status verfügte. Eine Anerkennung der DDR hätte für die indische Regierung also ein deutlich größeres Risiko bedeutet als eine Anerkennung Bangladeschs für die DDR. Entsprechend unwahrscheinlich war es, dass die Hoffnungen der DDR-Führung auf eine Anerkennung durch Indien sich alsbald erfüllen würden.

So waren am Ende der Kriegshandlungen zwar die Weichen für die Entwicklungen der kommenden Wochen gestellt, die Chancen der beiden deutschen Staaten, ihre deutschlandpolitischen Interessen auf dem indischen Subkontinent durchzusetzen, hatten sich jedoch kaum verändert. Dennoch war die DDR-Führung inzwischen entschlossen, Bangladesch anzuerkennen, sobald die sowjetische Führung in Moskau dies zulassen würde.

Die Bundesregierung beteuerte öffentlich zwar nach wie vor ihre Neutralität im Dritten Indisch-Pakistanischen Krieg, war tatsächlich aber zu einigen wichtigen, vor allem entwicklungspolitischen Zugeständnissen bereit, um unerwünschten Entscheidungen der indischen Regierung vorzubeugen. Letztere konnte sich über das Kuriosum der „myopic little world on both sides of the Berlin wall“, wie ein indischer Diplomat sie in den Kriegstagen beschrieb, nur wundern.<sup>107</sup> Als neuer und noch unerfahrener, aber nicht zu unterschätzender Akteur spielte nach Kriegsende auch die Regierung von Bangladesch eine Rolle in der deutsch-deutschen Auseinandersetzung auf dem indischen Subkontinent.

---

<sup>107</sup> „Monthly Political Report – November, 1971“ von P. Johari, 8. Dezember 1971, NAI, Ministry of External Affairs, H I/1012(82)/71.